



PROJEKTBERICHT

Politische Konjunkturanalyse

von Uta Grunert, Juli 2017

INHALTSVERZEICHNIS

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN AUS BRASILIEN

SEITE 3

Moro versus Lula - Wahlkampf und Polarisierung

Anstieg von Morden und Gewalt in Landkonflikten – der Staat schaut weg

Brasilianische Menschenrechtsbeobachter*innen zeigen vor europäischem Menschenrechts-Gerichtshof und deutschen Politikern Probleme auf

SCHWERPUNKT

SEITE 9

Reforma trabalhista – Arbeitsreform fördert Sozialabbau

AKTIVITÄTEN IM DEUTSCHSPRACHIGEN RAUM UND INTERNATIONALES

SEITE 11

Brasilien-Protteste beim G20 Gipfel in Hamburg

5. Kolloquium über Traditionelle Völker und Gemeinschaften – Abschlusserklärung und Offene Briefe

Forum Umwelt und Entwicklung: Auf dem Weg zum Weltwasserforum 2018 in Brasilien

„Der brasilianische Staatsstreich und die Rechtsentwicklung“ Rosa-Luxemburg-Stiftung: Workshop in englischer Sprache

„Kein Recht weniger! Kampfzone Menschenrechte“ Programm Runder Tisch Brasilien

Aktuelle Entwicklungen aus Brasilien

Moro versus Lula - Wahlkampf und Polarisierung

Von langer Hand geplant und politisch motiviert war die Verurteilung des 71-jährigen ehemaligen Präsidenten Brasiliens (2003-2010) Luiz Inácio Lula da Silva der linken Arbeiterpartei PT vergangenen Mittwoch durch den Bundesrichter Sérgio Moro¹. Das Berufungsgericht in Porto Alegre muss nun in zweiter Instanz über den Vorwurf der Korruption und Geldwäsche und die vorgeschlagene Haftstrafe von neunehalb Jahren befinden. Lula kämpft um sein politisches Erbe und eine erneute Kandidatur bei den Wahlen im Oktober 2018. Er sieht sich einer politischen Hetzkampagne politischer Gegner innerhalb einer Justiz ausgesetzt, die nicht mehr neutral agiere.



Die Anklage sage mehr über die Absichten des Bundesrichters Sérgio Moro als über die tatsächliche Schuld des Ex-Präsidenten Inácio Lula da Silva aus, beurteilen linke Sympathisanten die Lage. Die Untersuchungen um die Korruptionsskandale um den halbstaatlichen Erdölkonzern Petrobras würden von Teilen der Justiz instrumentalisiert, um die aussichtsreiche Kandidatur Lulas im Oktober 2018 mit allen Mitteln zu verhindern. Nach derzeitigen Umfragen verfügt Lula immer noch über ein hohes Mobilisierungspotential und starken Rückhalt in der Bevölkerung, da man seiner Regierungszeit die erfolgreiche Armutsbekämpfung zuschreibt.

Ob er sich politisch halten kann, ist jedoch ungewiss. Nach der aktuellen Klage stehen weitere 4 Prozesse aus, die Moro gegen ihn angestrengt hat. Aktuell muss in zweiter Instanz geprüft werden, ob der Baukonzern OAS ein Luxusapartment Lulas im Küstenort Guarujá als Gegenleistung für Aufträge renoviert habe. Lula bestreitet diesen Zusammenhang.

Grundsätzlich verfolgt Moro schon länger die Strategie, Lula - aus Mangel an Beweisen für dessen Verwicklung in konkrete Korruptionsfälle - eine übergeordnete und zentrale Verantwortung (als Präsident) für den Petrobras-Skandal gerichtlich anlasten zu können. Er stützt sich hauptsächlich auf die Aussagen von Kronzeugen, die in Brasilien im Rahmen von Lava Jato (der Korruptionsaffäre, die den Namen Autowaschanlage trägt) inzwischen reichlich vorhanden sind und Politiker aller Parteien belasten.

Auch der amtierende Präsident Michel Temer steht in diesem Zusammenhang unter Korruptionsverdacht. Wenn das Parlament diesen Vorwürfen mit Zweidrittelmehrheit zustimmt, wird Temer für 180 Tage vom Amt suspendiert. Hier führt Generalstaatsanwalt Rodrigo Janot die Untersuchungen. Die Vorwürfe umfassen Behinderung der Justiz, Korruption und organisierte Kriminalität.

¹ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/moro-versus-lula-wahlkampf-und-polarisierung>

Bei all diesen Prozessen geht es um weit mehr als um Korruption, es geht um den Glaubwürdigkeitsverlust von Politik und Gewaltenteilung, die innerhalb bestimmter Machtkonstellationen ihre unterschiedlichen Agenden verfolgt haben. Es geht um eine extreme Polarisierung zwischen linken und rechten politischen Glaubensrichtungen - bei gleichzeitiger Ernüchterung und heftigen Protesten durch die Basis. In der brasilianischen Bevölkerung gären seit den Protesten 2013 Unzufriedenheit und Frustration gegenüber der derzeitigen politischen Praxis einerseits sowie die Flucht in Heilsversprechungen und vereinfachte Lösungsansätze andererseits.

Eine Trendwende mit Neuwahlen, einer politischen Reform und einem neuen unverbrauchten politischen Projekt werden seit langem gefordert und gesucht. Noch sind die Machtkämpfe der Vergangenheit nicht abgeschlossen und der Weg für neue Projekte nicht offen. Es bleibt unübersichtlich.

In Berlin hat sich seit der Hetzkampagne von Richter Moro eine Gruppe gebildet, die sich SOS Lula Berlim² nennt und in einem Manifest Stellung bezieht: „Die Verurteilung des Ex-Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva ist das Ergebnis einer juristischen Verfolgung (Lawfare)“ – „A condenação do ex-presidente Luiz Inácio Lula da Silva é resultado de perseguição judicial (lawfare)“ Sie sieht in der Verurteilung Lulas einen Angriff auf Rechtsstaat und Demokratie.

Anstieg von Morden und Gewalt in Landkonflikten – der Staat schaut weg

Sowohl Straflosigkeit als auch die Anzahl der Morde an Führungspersonen von Organisationen, die um Land und die Rechte von Kleinbäuer*innen, traditionellen Gemeinschaften und Völkern kämpfen, nehmen in Brasilien zu. Am 7. Juli 2017, wenig mehr als 40 Tage nach dem Massaker von Pau d’Arco/Pará, wo 10 Landarbeiter*innen umgebracht wurden, wurde der 44-jährige Bauernführer Rosenildo Pereira de Almeida in der Stadt Rio Maria, ca. 60 km von Pau D’Arco, ermordet³. Der Verband der Kleinbäuer*innen (LCP Liga dos Camponeses Pobres) macht in einer Anzeige an internationale Unterstützer*innen deutlich, dass hinter dem Mord System steckt. Dass die Gewalt aber den Kampf um Land nicht aufhalten wird.

Rosenildo aus Pau d’Arco war ein langjähriger Kämpfer für Land, das von der Fazenda Santa Lúcia besetzt wurde. Er hatte schon sein eigenes Grundstück, auf dem er Schweine und Hühner hielt und Landbau betrieb, als die Rückführung des Landbesitzes drohte. Rosenildo ließ sich nicht einschüchtern und wehrte sich. Er war einer der wichtigsten Organisatoren des Camps Jane Júlia, das von den um das Land der Fazenda Santa Lúcia kämpfenden Familien zusammen mit der Liga der armen Kleinbäuer*innen von Pará und Tocantins realisiert wurde. Rosenildo hatte sich in den zurückliegenden Tagen an der von der Bundespolizei geführten Aufarbeitung des Massakers von Pau d’Arco beteiligt. In der Region war das Gerücht im Umlauf, dass die Namen von vier Anführer*innen auf einer Todesliste stehen und das Rosenildo einer davon sei.

Ademir de Souza Pereira, ebenfalls 44 Jahre, wurde am Nachmittag des 6. Juli 2017 in Porto Velho, Rondônia, erschossen. Ademir war Koordinator des Camps Terra Nossa in der Gemeinde Ariquemes,

² <https://soslula.org/>

³ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/anklageschrift-des-verbandes-der-armen-kleinbaeuer-innen-nach-weiterem-mord-an-bauernfuehrer>

das zum Kampf um das besetzte Land der Fazenda Tucumã in Cujubim organisiert wurde. Ademir wurde ermordet, als er sich für einen Moment von einer Versammlung der INCRA entfernte, wo gerade ein Vorhaben der Liga der armen Kleinbäuer*innen von Rondônia und Westamazonien mit dem Superintendenten der Region, Cletho Brito, diskutiert wurde. Beim Begräbnis am darauffolgenden Tag am Wohnsitz der Familie in Ariquemes erhielt Ademirs Ehefrau von einem Motorradfahrer einen Brief mit Morddrohungen gegen sie und ihre drei Kinder. Die ganze folgende Nacht passierten Lieferwagen und Autos vor dem Haus, die Mitkämpfer*innen den regionalen Großgrundbesitzenden zuordnen konnten. Viele Male kamen die Fahrzeuge beschleunigt angefahren und fuhren langsam am Haus vorbei, während die Fahrzeuginsassen hineinschauten.

Auf dem Drohbrief sind fünf Kreuze über einer Zeichnung von einem Mann, einer Frau und drei Kindern, wobei das Kreuz und die Zeichnung, die Ademir darstellen soll, mit einem X durchgestrichen sind. Die Tochter der Ehefrau Ademirs meldete den Vorfall in Ariquemes/RO. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass von Seiten der Polizei Maßnahmen ergriffen werden, da bisher bei allen Angriffen auf Kleinbäuer*innen des Camps Terra Nossa Polizeikräfte der Region Vale do Jamari beteiligt waren.

Die vollständige Anzeige findet man auf der KoBra-Website in deutscher Übersetzung⁴

Die Situation der entfesselten Gewalt gegen Landbesetzer*innen oder Kleinbäuer*innen ist inzwischen so stark eskaliert, dass eine eigene Plattform „*Observatorio massacre pau d'arco*“⁵ eingerichtet wurde, um Hintergründe zu dem Massaker vom 24. Mai des Jahres einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Kritische Journalist*innen von Repórter Brasil berichten beispielsweise in einer Reportage von Zeugenaussagen, die eine Verstrickung der Polizei in die gewalttätigen Übergriffe nahelegen. NGOs wie *Justiça Global* oder *Terra de direitos* u.a. beziehen ebenfalls Stellung.

Nach Angaben von Thomas Bauer⁶ von der Landpastorale CPT sind mit dem 38-jährigen José Raimundo Mota de Souza Júnior sowie Zé Menino aus dem Bundesstaat Piauí und João da Cruz Abreu aus dem Bundesstaat Maranhão drei weitere Bauern auf Brasiliens Feldern brutal ermordet worden. Insgesamt wurden in diesem so schrecklichen Jahr 2017 bislang 48 Bäuerinnen und Bauern umgebracht. Bis dato sind das so viele Menschen wie noch nie in den 35 Jahren, in denen die CPT Land- und Wasserkonflikte registriert und in einer jährlichen Bilanz veröffentlicht. Die allgemein bekannte Straflosigkeit gilt dabei wie ein Freibrief.

Brasilianische Menschenrechtsbeobachter*innen zeigen vor europäischem Menschenrechts-Gerichtshof und deutschen Politiker*innen Probleme auf

Eine dreiköpfige Delegation des Koordinierungskreises zur Beobachtung der Menschenrechtsslage in Brasilien war im Juni in Europa zu Besuch. Als Vertreter*innen von 500 brasilianischen zivilgesellschaftlichen Organisationen⁷ liegt ihr Schwerpunkt seit 2005 im Monitoring der so

⁴ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/anklageschrift-des-verbandes-der-armen-kleinbaeuer-innen-nach-weiterem-mord-an-bauernfuehrer>

⁵ <https://observatoriomassacrepaudarco.wordpress.com/>

⁶ <https://tbauerblog.wordpress.com/2017/07/15/brasiliens-erde-ist-getrunkt-von-auftragsmorden/#more-2728>

⁷ www.monitoramentodh.org.br

genannten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte⁸ (auch wsk-Rechte oder Sozialrechte genannt), die im Zuge der Industrialisierung konkret ausgestaltet wurden, sind im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) festgeschrieben. Diese Rechte schützen Menschen vor Ausbeutung und sichern ihnen die Erfüllung von bestimmten Ansprüchen, wie Nahrung, Bildung und Gesundheit zu.

Im Gepäck hatte die Delegation eine englische Broschüre „*Human Rights and Democracy in Brazil – Violation and Setbacks*“ (Menschenrechte und Demokratie in Brasilien – Verstöße und Rückschläge“⁹, die Beobachtungen zu Fehlentwicklungen im Menschenrechtsbereich sowie konkrete Handlungsanweisungen an die brasilianische Regierung enthält. Diese Informationen sollten diverse NGOs und kirchlichen Hilfswerken in der Schweiz und in Deutschland sowie dem Menschenrechtsgerichtshof in Genf erreichen. Verhandelt wurde in Genf zu diesem Zeitpunkt die Deklaration internationaler Bauernrechte, die langfristig einen Rechtsanspruch auf Zugang zu Land sichern sollen. Betroffen von Menschenrechtsverletzungen sind indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften, Kleinbauern und – bauerinnen, Landlose Arbeiter, Wohnungslose sowie Menschen, die auf Grund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder prekären finanziellen Lage in urbanen Randlagen diskriminiert werden.

Der Bericht konstatiert eine spürbare Verschlechterung der Menschenrechtsslage seit 2014 und stellt den Zusammenhang zum Kampf um Land (Territorien) her. Er nennt das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff von 2016 eine strategische Entscheidung zu Gunsten des internationalen Finanzmarkts sowie politischer und wirtschaftlicher Eliten. Die politischen Folgeentwicklungen unter Michel Temer stellten eine ernsthafte Bedrohung der Demokratie und das schlimmste Szenario seit dem Ende der Militärdiktatur dar, konstatieren die Menschenrechtsbeobachter*innen. Der Schwäche der brasilianischen Demokratie sei es auch anzulasten, dass bis dato keine politische Reform durchsetzbar gewesen sei. Gesellschaftliches Empowerment werde bislang von ultrakonservativen und basisfernen Gruppierungen verhindert.

Die Broschüre empfiehlt u.a. die Einrichtung einer Kontrollinstanz/Audit für Schulden des öffentlichen Sektors. Außerdem müssten die Gesetzesänderungen zur so genannten Rentenreform und im Arbeitsrecht (Reforma trabalhista, siehe Schwerpunkt des Dossiers) gestoppt werden. Sie würden ohne Einbeziehung von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmervertretungen durch ein nicht demokratisch legitimes Parlament durchgedrückt, ohne die wsk-Rechte zu berücksichtigen.

Rassismus ist immer noch eine wichtige Ursache für Ungleichheit und Benachteiligung in Brasilien. Afrobrasilianer*innen sind von niedrigerem Lohnniveau, schlechtem Bildungszugang sowie unzureichenden Beschäftigungszahlen betroffen. Sie leiden überdurchschnittlich unter prekären Wohnverhältnissen, Gewalt und Kriminalisierung durch die brasilianische Regierung und ihrer Polizeiorgane. Hohe Anteile an Selbstmorden und Gefängnisstrafen unter afrobrasilianischen Jugendlichen bezeugen eine Politik der sozialen Kontrolle, die Tote und Inhaftierte produziert. Gleichzeitig ist diese Gruppe völlig unterrepräsentiert, wenn es um politische Mandate und Entscheidungsfindung geht. Dabei stellt sie mit 54 % die Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung

⁸ <http://menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de/themenschwerpunkte-menschenrechte/wirtschaftl-soziale-kulturelle-rechte/>

⁹ <https://medium.com/@padbrazil/human-rights-and-democracy-in-brazil-violations-and-setbacks-4fff95ac2ee8>

dar. Daraus lässt sich ableiten, dass Brasilien selbst 129 Jahre nach Abschaffung der Sklaverei und 29 Jahre nach Verabschiedung der brasilianischen Verfassung immer noch auf vielen Ebenen mit Rassismus zu kämpfen hat. Der Menschenrechtsbericht empfiehlt die juristische Verfolgung und Aufklärung von Morden an schwarzen Jugendlichen und jungen Männern. Außerdem strengere Kontrolle der Polizei bei Verhaftungen, hier sind besonders junge schwarze Frauen Ziel von Übergriffen und Gewalt. Die Überwindung von institutionellem Rassismus verlange zudem Anstrengungen für einen gerechteren Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitswesen und zu Bildungsangeboten. Der Menschenrechtsbericht stellt fest, dass gegenüber der afrobrasilianischen Bevölkerung bislang weder die nationalen Gesetze noch internationale Konventionen wie die Konvention zur Eliminierung von jeglicher rassistischer Diskriminierung zur Anwendung kommen.

Die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen stellt einen weiteren Schwerpunkt des Monitorings dar. Sowohl in urbanen als auch in ländlichen Gebieten seien sie durch ihren Einsatz häufig Lebensgefahr ausgesetzt. Der brasilianische Staat unterstütze nicht die Menschenrechtsverteidiger*innen, Anführer*innen von Territorialkämpfen oder Vertreter*innen von sozialen Bewegungen, sondern stelle sich mit seinen juristischen Instrumenten und Institutionen auf die Gegenseite der wirtschaftlich und politisch mächtigen Gruppen. Trauriger Beweis sind die hohe Anzahl an Morden (siehe *Anstieg von Morden und Gewalt in Landkonflikten – der Staat schaut weg* in diesem Dossier) und die medialen Hetzkampagnen, die die Anwendung der Verfassungsrechte von 1988 unterminieren sollen. So kam es nach Angaben der Landpastorale CPT zwischen 1995 und 2014 zu 3.964 Verhaftungen im Zusammenhang mit dem Kampf um Land bzw. Landbesetzungen. Betroffen waren Arbeiter*innen, Führungspersonen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie Menschenrechtsverteidiger*innen.

Auch im städtischen Kontext gibt es Belege für erhöhte Gewalt in Form von Bedrohung der freien Meinungsäußerung. Sie äußert sich gegenüber kritischen Stimmen der jeweiligen Bewegungen. Betroffen sind hier Journalist*innen, Blogger*innen, Radiomacher*innen und Eigner*innen von Kommunikationsmedien. Die NGO Artigo 19¹⁰ belegt in einer Studie 121 Fälle von schwerer Gewaltanwendung (häufig Morddrohungen, Morde und Mordanschläge) in einem Untersuchungszeitraum von 2012-2014.

Der Menschenrechtsbericht empfiehlt u.a. die Beschleunigung der Gesetzesneuaufgabe von 4575/2009 zur Einrichtung eines Schutzprogramms für Menschenrechtsverteidiger*innen. Bislang ist hier kein polizeilicher Schutz vom Staat vorgesehen. Gefordert wird außerdem die Aufarbeitung und Strafverfolgung der Tötung von Menschenrechtsverteidiger*innen der vergangenen 30 Jahre.

Indigene Völker, Quilombolas und traditionelle Gemeinschaften wurden von der brasilianischen Gesetzgebung mit einem besonderen Schutz ausgestattet. Indigene haben durch die Verfassung von 1988 Anspruch auf ihr traditionelles Land (Artikel 231). Die Regierung ist verpflichtet, ihnen diesen Landanspruch durch Gebietsausweisungen zu gewähren. Ähnliche Gebietsansprüche dürfen Quilombola-Gemeinschaften für sich geltend machen. Hier ist die Regierung ebenfalls in der Pflicht, die Landtitel auszustellen (Artikel 68). Die aktuelle brasilianische Politik ist durch einen vehementen Angriff auf diese Rechte gekennzeichnet. Unter dem Stichwort „Entwicklungspolitik“ werden immer neue Gesetzesinitiativen im Parlament eingebracht, die natürliche Ressourcen für

¹⁰ <http://artigo19.org/wp-content/blogs.dir/24/files/2017/05/Viola%C3%A7%C3%B5es-%C3%A0-Liberdade-de-Express%C3%A3o-Relat%C3%B3rio-Anual-2016-1-1.pdf>

Wirtschaftsinteressen nutzbar machen soll, selbst wenn damit Landrechte von Indigenen, Quilombolas oder traditionellen Völkern verletzt werden. Außerdem wird die Umsetzung des Rechtsanspruchs der traditionellen Völker und Gruppen verschleppt oder sogar ganz ausgesetzt. Die bedrohlichste Gesetzesinitiative in diesem Zusammenhang ist die PEC 215/2000, die die Entscheidungsbefugnis über Landausweisung von der Exekutive auf die Legislative überträgt. Außerdem die Verordnung 227/2012, die wirtschaftliche Nutzungen durch Nicht-Indigene auf indigenem Territorium zulässt bis hin zur Besetzung des Territoriums und das Gesetzesvorhaben PL 1610/96, das Bergbauinteressen und den Abbau mineralischer Rohstoffe auf indigenem Territorium erlauben soll.

Der Menschenrechtsbericht empfiehlt u.a. die Ablehnung aller Gesetzesänderungen, die einen Rückschritt gegenüber der Verfassung von 1988 in Bezug auf Landanspruch und –zugang von Indigenen, Quilombolas und anderen traditionellen Gemeinschaften bedeutet. Er fordert die Berücksichtigung und Beteiligung dieser Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse.

In den vergangenen 15 Jahren hat die Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen (Metallen, Industriemineralien, Steine und Erden) weltweit stark zugenommen. Die starke Nachfrage aus China sowie Finanzspekulationen im Rohstoffbereich haben dies befördert. Die Folgen waren ein Rückgang der weltweit vorhandenen Vorkommen und eine aggressive Nachfrage in neuen Regionen und Ländern. In vielen Ländern des Südens werden gleichzeitig die Abbau- und Sicherheitskosten so weit abgesenkt, dass es zu Umweltkatastrophen (Beispiel Mariana am Rio Doce) kommen kann. Brasilien ist in diesem Zusammenhang für ausländische und transnationale Konzerne von großem Interesse. Es birgt neben Eisenerz und Bauxit (für Aluminium) auch Vorkommen von Kupfer, Gold, Niob und Nickel. Brasilien erkennt diese neue Vormachtstellung bislang nicht an und wird auch den damit verbundenen Gefahren für Landkonflikte, Umweltprobleme, arbeitsrechtlichen und kulturellen Schwierigkeiten nicht gerecht. Als Konsequenzen von mineralischem Rohstoffabbau müssen sozioökonomische Auswirkungen (Zwangsumsiedlungen von Familien und lokalen Gemeinschaften) sowie ökologische Auswirkungen (Bodenverseuchungen, Verschlechterung der Wasserqualität, Veränderungen von Flussläufen) erwartet und reguliert werden.

Der Menschenrechtsbericht fordert u.a. Transparenz und demokratische Strukturen für den Umgang der brasilianischen Regierung mit ihren mineralischen Rohstoffen. Das Recht der lokalen Bevölkerung auf Anhörung, Zustimmung oder Veto müsse respektiert werden. Es brauche dringend eine Reglementierung der Abbaumengen und -geschwindigkeit, eine Ausweisung von abbaufreien Zonen, sowie die Einhaltung und Kontrolle von Arbeitsschutzbestimmungen und Umweltschutzmaßnahmen. Die Vorgaben und Schutzbestimmungen der ILO 169 seien einzuhalten, wenn Bergbaukonzessionen auf indigenem und traditionellem Land angestrebt werden.

In Berlin schloss die Delegation ihre Reise mit Begegnungen mit Parlamentarier*innen und Mitarbeiter*innen der Entwicklungszusammenarbeit ab, um über die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen, der Demontage indigener Landrechte und die menschenrechtlichen Auswirkungen beim Abbau mineralischer Rohstoffe in Brasilien zu informieren und sich internationale Unterstützung im Umgang mit der brasilianischen Regierung zu holen.

Schwerpunkt: Reforma trabalhista – Arbeitsreform fördert Sozialabbau

Die brasilianische Wirtschaft befindet sich seit Jahren in der Krise. Das BIP 2016 konnte sich mit einem Minus von 3,60% gegenüber einem Tiefststand von minus 3,77% im Vorjahr leicht verbessern, was von der amtierenden Regierung bereits als Erfolg gewertet wird, für 2017¹¹ wird mit einer leichten Erholung der Wirtschaftsleistung von rund 0,5% gerechnet. Nach der Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff durch einen parlamentarischen Putsch, hatten ihre Kritiker*innen 2016 gehofft, die Probleme Brasiliens würden sich nun schnell lösen lassen. Weit gefehlt. Ihr Nachfolger im Amt Michel Temer fährt seither einen wirtschaftsfreundlichen Kurs in Kombination mit Sparmaßnahmen, die viele Errungenschaften eines sozialen Ausgleichs der zurückliegenden Regierungsjahre unter der Arbeiterpartei PT zunichtemachen. Das mehrheitlich konservative Parlament stützt diese Politik und baut so die Macht der Eliten des Landes weiter aus. Unter dem Vorwand des Sparzwangs werden in Windeseile Stellschrauben am Rentensystem und an den Arbeitsgesetzen verändert, die für große Bevölkerungsgruppen mit Sozialabbau einhergehen. Als Kombination neuer Möglichkeiten bei gleichzeitiger Modernisierung des Arbeitsmarkts präsentierte Temer seine Arbeitsmarktreform, die im Juli mit 50 zu 26 Stimmen den Senat passierte. Inzwischen hat der Präsident den Änderungen zugestimmt, wodurch sie nach 120 Tagen (also im November) rechtskräftig werden. Temers Eile begründet sich in einer Reihe von Korruptionsvorwürfen, die er bislang durch geschickte politische Schachzüge (z.B. die Ernennung von Richtern) abwehren konnte, die aber weiterhin seine Machtposition gefährden.

Mit Hilfe einer Umgestaltung geltender Arbeitnehmer*innenrechte seien innerhalb von zwei Jahren zwei Millionen Arbeitsplätze zu gewinnen, behauptete Arbeitsministers Ronaldo Nogueira. Die Arbeitslosenquote ist bis Ende Mai 2017 laut Statistikinstitut IBGE in Brasilien auf 13,3%¹² angestiegen, im Vergleich zum Vorjahr (11,2%) bedeutet dies einen Anstieg von über zwei Prozent.

Über neue Regelungen bei Teilzeitarbeitsplätzen, Massenentlassungen ohne Mitsprache von Gewerkschaften, individuell auszuhandelnde Überstundenregelungen, kurzfristigere Verträge, Lohnkürzungen bei Absatzproblemen und die Schaffung von Homeoffice-Arbeitsplätzen will die Regierung die Beschäftigung ankurbeln. Teil- und Leiharbeit¹³ sowie Scheinselbständigkeiten sollen die Arbeitsformen der Zukunft werden. Mit 100 Vorschlägen zur Anpassung des bislang geltenden Arbeitsrechts will Temer außerdem den unternehmerfreundlichen Sparkurs seiner Regierungszeit fortsetzen. Diesmal zu Lasten von Arbeitnehmer*innen. Die Antwort erfolgte auf der Straße und in den Betrieben in Form von Protesten und einer neuen Streikwelle. Denn die Gesetzesänderungen wurden ohne Anhörung oder Einbindung von Arbeitnehmervertretungen beschlossen. Dieser autoritäre Regierungsstil steht in deutlichem Widerspruch zur jahrelangen Praxis unter linker Regierungsführung.

Kritiker*innen wie die Professorin für Arbeitsrecht der staatlichen Universität von Minas Gerais (UFMG) Daniela Moradas¹⁴ werfen der Regierung vor, Konzepte zu kopieren, die in verschiedenen europäischen Ländern (z.B. Großbritannien) bereits mit negativen sozialen Folgen umgesetzt wurden. Sie hebt ein Modell hervor, das unter dem Namen „Null-Stunden-Vertrag“ (*contrato de zero horas*)

¹¹ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Brasilien/Wirtschaft_node.html

¹² <http://www.valor.com.br/brasil/5022486/taxa-de-desemprego-fica-em-133-no-trimestre-ate-maio-mostra-ibge>

¹³ <https://amerika21.de/2017/07/180109/brasilien-arbeitsreform>

¹⁴ https://brasil.elpais.com/brasil/2017/07/13/politica/1499958789_546835.html

fungiert. In Zeiten der Krise können Arbeiter so für Kurzezeiteinsätze beschäftigt werden. Unter Umgehung von Standardarbeitsverträgen büßen sie damit arbeitsrechtliche Absicherungen ein. In Großbritannien hatte die Anwendung solcher Verträge zu einer Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse geführt. Moradas warnt vor der Übertragung solcher Modelle in ein von Ungleichheit geprägtes Land wie Brasilien.

Die Änderungen betreffen außerdem die Abschaffung der Pflichtabgabe für Gewerkschaften, die bislang üblich war. Damit werden die Gewerkschaften deutliche finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Sie sehen sich über diesen Eingriff politisch sanktioniert, - sind sie es doch, die über Aufrufe zum Generalstreik der amtierenden Regierung schon mehrfach in diesem Jahr einen spürbaren Dämpfer verpassen konnten. Ende April hatten bei einem historischen landesweiten Generalstreik alle großen Gewerkschaften des Landes mehrere Tausend Personen in allen großen Städten des Landes mobilisiert. Der öffentliche Nahverkehr, Banken, Universitäten und Schulen waren weitestgehend lahmgelegt. Die Proteste richteten sich gegen die geplante Überarbeitung des Rentensystems und der Arbeitsrechte. Viele fürchten, aus der sozialen Absicherung heraus zu kippen. Die neuen Regelungen in Form von längeren lückenlosen Beitragszeiten oder einer Anhebung des Renteneintrittsalters werden für gesellschaftliche Gruppen wie z.B. Frauen oder Landarbeiter geradezu unerfüllbar. Beim zweiten Generalstreik Ende Juni wurden in den größeren Städten erneut Blockaden errichtet, die zwar den Verkehr behinderten, aber nicht die gleiche Wirksamkeit erreichen konnten wie im April. Der Nahverkehr beteiligte sich diesmal in einigen Städten nicht an den Streikmaßnahmen. Der Präsident der Gewerkschaft *União Geral dos Trabalhadores* (UGT), Ricardo Patah¹⁵, führte dies auf die hohen Bußgelder zurück, die nach dem Generalstreik im April verhängt worden waren.

MTST Aktivist*innen besetzten den internationalen Flughafen von São Paulo, wo es zu Verzögerungen des Flugverkehrs kam. Aufgerufen zu diesem neuen Streik hatten die beiden linken Bündnisse der *Frente Brasil Popular* und *Povo sem Medo*, in denen sich soziale Bewegungen gemeinsam mit den Gewerkschaften des Landes organisiert haben. Eine ihrer Forderungen umfasst direkte Neuwahlen, da sie die Regierung Temer nicht als demokratisch legitimiert anerkennen.

Deutsche Hilfswerke und Nicht-Regierungsorganisationen der internationalen Zusammenarbeit unterstützen brasilianische Partnerorganisationen in deren Protest gegen den in Windeseile betriebenen Sozialabbau. Sie bemängeln die systematische Demontage des Arbeitnehmer*innenschutzes durch z.B. die Auslagerung von Arbeitsbereichen an Subunternehmer*innen, die bisher zum Kerngeschäft gehört hätten. Dies führe zu sinkenden Löhnen, zur Abschaffung des Arbeitsschutzes und zur Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse. Adveniat hat beispielsweise als Antwort seine diesjährige Adventsaktion unter das Stichwort der gerechten Arbeit gestellt. In einem Interview prangert der Brasilienreferent außerdem an, dass bestimmte gut verdienende Berufsgruppen wie Richter*innen¹⁶, hohe Beamte, Parlamentarier*innen und Militärs bewusst von den so genannten Flexibilisierungen ausgenommen werden und ihre Privilegien vollständig erhalten bleiben.

Der Wirtschaftsexperte João Sicsú, ehemaliger Leiter für Politik- und Makroökonomie des Wirtschaftsforschungsinstituts IPEA hat in einem Interview mit der *Correio da Cidadania* sein Urteil

¹⁵ https://brasil.elpais.com/brasil/2017/06/29/politica/1498748829_852994.html

¹⁶ http://de.radiovaticana.va/news/2017/07/19/brasilien_arbeitsmarktreform_stellt_profit_ins_zentrum/1325713

gefällt¹⁷: Die Arbeitsmarktreform stellt eine Verfestigung des kolonialen Brasiliens gegenüber dem fortschrittlichen, entwickelten Brasilien dar. Eine Ökonomie, die sich in ihrer Produktion strukturell auf Arbeitsbeziehungen der Kolonialgeschichte gründe, exportiere überwiegend Primärgüter wie Rohöl, Rind- und Schweinefleisch, Eisenerz, Zucker und Holz. Brasiliens Wirtschaft sei damit vor allem exportorientiert. Es finde keine Wertschöpfung im eigenen Land statt. Ein Container mit Soja sei wenig wert im Vergleich zu einem Container mit Tablets und Computerchips. Die Arbeitsmarktreform zielt auf den Erhalt eines Machtgefüges im Beschäftigungsleben ab, in dem sich neokoloniale Besitzende (Patrões) und ausgebeutete Arbeiter*innen sowie überstrapazierte natürliche Ressourcen gegenüber stehen. Die Arbeitsmarktreform führe zu einer Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus, was wiederum eine Schwächung des Binnenmarktes zur Folge habe. Dieses neokoloniale Arbeitsmarktsystem stütze sich auf die drei Pfeiler Großgrundbesitz, sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse und die Produktion von extraktivistischen Gütern sowohl aus der Landwirtschaft als auch aus Bergbau (mineralischer Ressourcenabbau). Die Aufgabe eines modernen Staates sei es, Ungleichheit zu überwinden und die Rechte der Arbeiter*innen zu stärken. Dies bedeute, den Hunger zu überwinden, Bildung und adäquaten Wohnraum für alle Menschen zu garantieren. Wenn man Arbeitsplätze schaffen wolle, müsse man in einem modernen Staat die Arbeitszeit z.B. von 44 auf 40 Stunden reduzieren, die vorhandene Arbeit also quasi umverteilen.

Aktivitäten aus Deutschland und Internationales

Brasilien-Proteste beim G20 Gipfel in Hamburg

KoBra Vorstand und Geschäftsstelle sind beim G20 Gipfel mit ihrem Protest gegen Temer auf die Straße gegangen. Zu den Nachwirkungen von Hamburg gibt es inzwischen einen Podcast der Reihe +1café zum Reinhören: Gekaperte Debatte – Der G20 in Hamburg und seine Folgen¹⁸ Ein Transparent an der Hamburger Uni forderte die Entkolonialisierung der Geopolitik und wurde in den brasilianischen sozialen Medien verbreitet.



¹⁷ <http://www.ihu.unisinos.br/569853-a-reforma-trabalhista-e-a-vitoria-do-brasil-colonia-sobre-o-brasil-do-desenvolvimento>

¹⁸ <http://fabzgy.org/wordpress/2017/07/19/pt-debate-capturado-o-g20-em-hamburgo-e-suas-consequencias/>

5. Kolloquium über Traditionelle Völker und Gemeinschaften – Abschlusserklärung und Offene Briefe

Vom 23. bis 26. Juni 2017 diskutierten ca. 100 Experten*innen aus Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und der Entwicklungszusammenarbeit sowie Repräsentant*innen von Organisationen indigener und traditioneller Völkern und Gemeinschaften aus zwölf Ländern, deren Zukunftsperspektiven auf vier Kontinenten. Das Kolloquium beschloss die Hofgeismar Agenda, die ein Grundverständnis sowie Herausforderungen, Aufgaben und Vereinbarungen für die zukünftige Zusammenarbeit formuliert. Unter den Stichworten „Erbe der Menschheit, kollektive Identität und Tradition, Territorium, Gesellschaftliche Subjekte der Nachhaltigkeit, Bedrohungen (Territorialkonflikte; Bürger*innenrechte; Spezifischer Rechtsstatus; Ernährungssouveränität; Herausforderungen, Aufgaben und Vereinbarungen“ wurden die Tagungsergebnisse zusammengefasst. Die Hofgeismar Agenda lag zum Ende des Projektberichts noch nicht in endgültiger Fassung vor. Sie kann jedoch bei KoBra eingefordert werden.

Das Forum Umwelt und Entwicklung berichtet über den Weg zum 8. Weltwasserforum in Brasilien. Die Beraterin Birgit Zimmerle¹⁹ war in Den Haag dabei und hat die Vorbereitung auf das Weltwasserforum in Brasilien mitverfolgt, das vom 18.-23.03.2018 in Brasilia stattfinden wird.

Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** veranstaltet vom 26.-27.09. in Berlin einen Workshop in englischer Sprache: „Der brasilianische Staatsstreich und die Rechtsentwicklung²⁰“ mit Frieder Otto Wolf, Carlos Santana, Ana Coutinho, Pedro Lima und anderen. Der Workshop widmet sich der politischen und gesellschaftlichen Rechtsentwicklung in Brasilien, die den Putsch ermöglichten, der die linksgerichtete Präsidentin Dilma Rousseff aus ihrem Amt beförderte und unter dem neuen Präsidenten Michel Temer die Implementierung einer konservativen, neoliberalen Agenda ermöglichte.

„Kein Recht weniger! Kampfzone Menschenrechte“ Programm Runder Tisch Brasilien

„Nenhum direito a menos – Kein Recht weniger!“ lautet ein Ruf von Menschenrechtsaktivist*innen der sozialen Bewegungen bei Protesten gegen die Regierung auf den Straßen Brasiliens – u.a. bei Generalstreiks, bei Feminist*innen und bei Kämpfen um Territorien und Landrechte.

Die Überprüfung der Menschenrechtsslage stand 2017 auf der Agenda mehrerer internationaler Gerichte und Institutionen. Die brasilianische Regierung hat von der UNO fast 250 Empfehlungen zur politischen Kurskorrektur in Bezug auf Menschenrechtsfragen erhalten. Sie betreffen Themen wie Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit, Geschlechterdiskriminierung, Rechte von indigenen Völkern und Quilombolas sowie Polizeigewalt. Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsbeobachter*innen melden alarmierende Zustände: Exekutionen in überfüllten Gefängnissen, Polizeigewalt im Strafvollzug, systematische und institutionelle Gewalt in Favelas und städtischen Peripherien, Morde an Umweltschützer*innen, Verletzung territorialer Rechte von Indigenen und anderen, zunehmende Kriminalisierung von sozialen Bewegungen – die Liste der Vorwürfe ist lang.

¹⁹ http://www.forumue.de/wp-content/uploads/2017/06/FORUM_Rundbrief217_Jobs-Jobs-Jobs.pdf

²⁰ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/termine/der-brasilianische-staatsstreich-und-die-rechtsentwicklung>

Brasilien leidet unter einer allgemeinen Banalisierung der Gewalt. Politisch motivierte Morde stellen eine drastische Bedrohung für Menschenrechtsverteidiger*innen dar. Der Kampf gegen Rassismus und Umweltzerstörung sowie für eine gerechte Landverteilung ist 2017 immer noch lebensbedrohlich. Der brasilianische Staat schafft es nicht, diesen Zustand zu beenden. Stattdessen schränkt er Spielräume der Zivilgesellschaft ein, die aber nicht locker lässt und den Staat in die Pflicht nimmt. Die brasilianische Regierung Temer hat 2017 Errungenschaften auf sozialer und politischer Ebene rückgängig gemacht. Die Deckelung der Sozialausgaben, Änderungen im Sozialversicherungssystem und „Flexibilisierungen“ im Arbeitsrecht führen zu neuen sozialen Spaltungen der Gesellschaft. Das Armutsrisiko wird erneut zum Alltagsszenario.

Auf der Fachtagung Runder Tisch Brasilien werden Menschenrechtsverteidiger*innen zu Wort kommen und ihre Einschätzung zu spezifischen Menschenrechtsfragen weitergeben. Für ihren Kampf suchen sie den Austausch mit internationalen Unterstützer*innen. Neben fachlichen Impulsen gibt es Gelegenheit für Diskussion, Vernetzung und Austausch. Die Tagung findet zweisprachig statt und wird simultan übersetzt. Eine Kinderbetreuung ist organisiert. Ein Markt der Möglichkeiten bietet Raum für eigene Angebote der Teilnehmer*innen.

Das Tagungsprogramm und die elektronische Anmeldung sind unter folgendem Link zu finden:

<https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien/rtb-2017/rtb-2017-kein-recht-weniger>